

Fraktion Freie Wähler - Mannheimer Liste / Mittelstand für Mannheim



Etatrede 2020/2021

DAS BESTE
FÜR MANNHEIM!

16. 12. 019

Prof. Dr. Achim Weizel,
Fraktionsvorsitzender

Die parteiunabhängige
politische Kraft in Mannheim

www.mannheimerliste.de

Rede zum Haushalt 2020/2021

der Stadt Mannheim

Prof. Dr. Achim Weizel
Fraktionsvorsitzender

Mannheim, 16. Dezember 2019

Es gilt das gesprochene Wort

Etat 2020 /2021	3
Universitätsklinikum Mannheim.....	4
Drohende Steuerrückzahlungen	4
Grünzug Nordost	5
Schattenhaushalte – Ver(st)deckte Schulden	6
Sanierungsstau - Erhalt der Verkehrswege	6
Personal	8
Klimawandel	9
Verkehrswende	10
Verbindung schaffen in der Region und zu den Flüssen	11
Bürgerbeteiligung.....	13
Informationstechnologie.....	13
Wirtschaft in Mannheim.....	14
Mannheim - Stadt der Vororte und Stadtteile	15
Sicherheit und Sauberkeit.....	16
Sport und Freizeit	17
Konversion	17
Wohnen in Mannheim	18
Kultur.....	20
Stadtbibliothek.....	21
Bürgerhäuser – gesellschaftliches Leben in den Stadtteilen	21
Kultur- und Sporthalle für Wallstadt.....	22
Gerätehaus Freiwillige Feuerwehr Wallstadt.....	22
Kinderbetreuung.....	22
Schulen – Horte – Schulsozialarbeit:	23
Jugend und Senioren	24
Fraktion Freie Wähler – ML / MfM.....	26

Das Beste für Mannheim

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Herren Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
sehr geehrte Vertreter der Medien,

| Etat 2020 /2021

Zu diesem Etat gibt es eine gute und eine schlechte Nachricht. Die gute Nachricht zuerst: Die positiven Ergebnisse von 2018 mit 44 Millionen Euro und 2019 mit voraussichtlich 111 Millionen Euro haben uns gut getan.

Sie werden allerdings in den kommenden Jahren nicht erreicht werden, hier rechnen wir 2020 mit 70 Millionen Euro und 2021 mit 64 Millionen Euro.

Dies ist alles immer noch im positiven Bereich.

Die schlechte Nachricht ist, dass daneben Posten stehen, die erhebliche Risiken beinhalten.

| Universitätsklinikum Mannheim

Die UMM befindet sich nach dem sogenannten Hygieneskandal und trotz Auswechselung der Geschäftsführer weiter in einer finanziellen Schräglage. Das seit Jahren implementierte und durch teure Beratungen unterstützte Restrukturierungsprogramm hat bisher zu keiner merkbaren Reduzierung der Verluste geführt, aufgrund der Personalknappheit und der damit einhergehenden Einschränkung der Bettenzahl ist auch in absehbarerer Zeit mit keiner Besserung zu rechnen. Dazu kommen die notwendigen Baumaßnahmen, die mit 400 Millionen Euro oder mehr ein riesiges Volumen haben und finanziell noch nicht abgesichert sind. Der Kämmerer deutete in seiner Rede eine eventuelle Aufnahme weiterer Partner für Bau und Betrieb an. Wir sind gespannt auf diese Lösung.

Mittelfristig müssen grundsätzliche Entscheidungen getroffen werden. Theoretisch ist an ein stärkeres Engagement des Landes zu denken, ein Verkauf wäre sicher möglich, wenn auch in Anbetracht der Verknüpfung Fakultät und Klinikum nicht unproblematisch. Wenn keine wesentliche Besserung eintritt, womit man rechnen muss, müssen wir eine permanente finanzielle Unterstützung für die UMM durch die Stadt im Sinne der Daseinsfürsorge befürchten. Dies sollte aber klar kommuniziert werden.

| Drohende Steuerrückzahlungen

Uns drohen Rückforderungen von Steuerzahlungen in Höhe von knapp 100 Millionen Euro. Sollten diese Zahlungen fällig werden, stehen keine Finanzmittel zur Verfügung.

Es gilt nach wie vor das Neuverschuldungsgebot, die Nachzahlungen rechtfertigen keine Ausnahmen, so dass diese Summen, wenn sie fällig werden, aus dem aktuellen Haushalt erbracht werden müssen.

| Grünzug Nordost

Der Grünzug Nordost – identisch mit der BUGA 2023 – steht mit 105 Millionen Euro im Etat. Die Auskünfte über den Fortschritt des Projektes sind spärlich, um es vorsichtig zu sagen. Neuere Kostenschätzungen liegen nicht vor. Die vorgelegten Pläne sind nicht geeignet, Besucherströme anzuziehen. Der Aufwand für den Erwerb der Flächen ist nicht im 105-Millionen-Euro-Haushalt für die BUGA enthalten. Ebenso sind die Erwerbskosten für die angrenzenden Flächen im Süden von Käfertal nicht im Haushalt enthalten. Erstaunlicherweise taucht die Feudenheimer Au nicht mehr als Teil der BUGA auf, was die ursprünglichen Ideen von Herrn Schwarz völlig auf den Kopf stellt und das Anlegen eines Sees als besonders fraglich erscheinen lässt. Es ist außerordentlich fraglich, und unserer Meinung nach sogar unwahrscheinlich, dass die landschaftsplanerischen Maßnahmen im vorgegebenen Zeitrahmen umsetzbar sind. Die vorgesehene Bebauung ist eine Normalplanung und setzt keinerlei über den Rahmen des Üblichen hinausgehenden Akzente und könnte durchaus auch ohne BUGA verwirklicht werden. Ein weiterer Unsicherheitspunkt ist die Seilbahn. Entgegen der ursprünglichen Planung sind der Luisenpark und der Herzogenriedpark nun doch Teil des BUGA-Konzepts und nicht nur Satelliten. Hier kommen bisher nicht bekannte Belastungen auf uns zu, die für den Luisenpark bis zu einer Größenordnung von 100 Millionen Euro geschätzt werden. Auch dies ist im Haushalt nicht abgebildet.

Sieht man die BUGA in Perspektive, so passt hier ein Satz aus der Etatrede des Oberbürgermeisters: „Eine Entscheidung, die nichts bewirkt, aber Ressourcen verbraucht, ist eine schlechte Entscheidung. Sie wird Kraft kosten, die wir an anderer Stelle brauchen“. Der OB hat mit dem Zitat zwar nicht die BUGA gemeint – allerdings kann man die Situation der BUGA nicht besser beschreiben.

Ein Ausstieg ist immer noch die beste Lösung.

| Schattenhaushalte – Ver(st)deckte Schulden

Mit Vorlage dieses Haushaltsentwurfs wird deutlich, dass wir auf Pump leben und unserer Jugend einen kaum zu beziffernden Schuldenberg als Erbe einer verfehlten Haushaltspolitik überlassen werden. In „Schattenhaushalten“ unserer städtischen Tochtergesellschaften müssen wir scheinbar unvermeidbare Neuinvestitionen finanzieren lassen. Ein Mahnmal für versäumte Bauunterhaltung ist das Collini-Center und der über den „Schattenhaushalt GBG“ finanzierte Neubau des Technischen Rathauses. Die angesetzten Kosten von 60 Millionen Euro sind weit überschritten. Rund 100 Millionen Euro hat die GBG in den Bau investiert. Die Mietzahlungen in Millionenhöhe werden die zukünftigen Haushalte belasten.

Wir befürchten, dass die Finanzierung zur Sanierung und Attraktivierung der Stadtparks mit annähernd 100 Millionen Euro außerhalb des städtischen Haushaltes erfolgen soll. Bereits ein erste Planansatz in Höhe von 9 Millionen Euro kommt aus dem „Etat BUGA2023“.

So wird wohl auch bei der Planung des Sporthallenbades auf dem Gelände des Carl-Benz-Bad an die GBG als Investor gedacht.

| Sanierungsstau - Erhalt der Verkehrswege

Der Verfall der Mannheimer Infrastruktur zeigt sich aktuell in drastischer Weise bei der notwendigen Sperrung der BBC-Brücke. Wir wollen alles daransetzen, dass uns Straßenverhältnisse Ludwigshafener Art erspart bleiben. Bei den Planungen zu den Instandsetzungsarbeiten der BBC-Brücke muss in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn die Verknüpfung des ÖPNV-Knotens mit dem geplanten S-Bahn-Halt „Käfertaler Bahnhof“ und der Stadtbahnlinien geprüft werden.

Nach Einschätzung der Verwaltung besteht aktuell ein Sanierungsstau für Straßen der Zustandsklasse 4 bis 6 in Mannheim in Höhe von 350 Millionen Euro. Im Haushaltsentwurf sind lediglich 2 Millionen Euro Sanierungsmittel jährlich vorgesehen. Daraus folgt, dass in ca. 175 Jahren – ohne Preissteigerungen – die schlimmsten aller Straßen in Mannheim saniert wären. Wir wollen hier eine Erhöhung auf 8 Millionen Euro jährlich beantragen.

Für die Sanierung aller Rad- und Gehwege in der Zustandsklasse 4 bis 6 sind aktuell 550.000 Euro eingestellt. Hier wollen wir ebenfalls eine Erhöhung auf einen jährlichen Gesamtbetrag von 1,5 Millionen Euro einfordern.

Erneut fordern wir den Ausbau des Rad- und Fußweges auf der Blumenau zur Eugen-Neter-Schule und weiter zur hessischen Landesgrenze.

Erschreckend ist der Finanzbedarf für eine Sanierung aller Gehwege der Zustandsklasse 4 – 6 mit rund 75 Millionen Euro. Ausgehend vom Anlagewert der Ingenieurbauwerke – der Brücken – besteht ein jährlicher Sanierungsbedarf von 5 Millionen Euro. Im vorliegenden Haushaltsentwurf werden lediglich 1,4 Millionen Euro eingestellt.

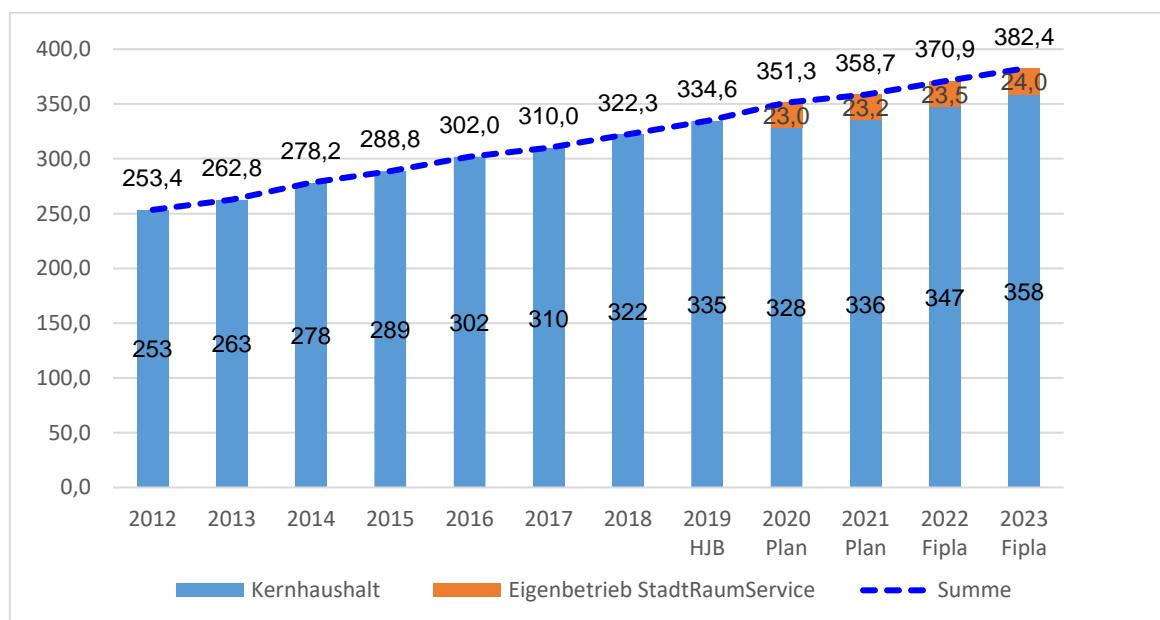
Die Frage nach dem finanziellen Bedarf für Sanierung und Instandhaltung städtischer Gebäude konnte die Verwaltung leider nicht beziffern. „Der finanzielle Bedarf für die Sanierung der städtischen Gebäude, im Sinne dass der Instandhaltungsstau vollständig abgebaut ist, wird vom Fachbereich 25 nicht erhoben“.

Ohne Übertreibung müssen wir daher feststellen, dass für unsere Nachkommen unsere Stadt nicht ausreichend Vorsorge getroffen hat. Wir werden zukünftigen Generationen marode Straßen und marode Gebäude als Erbe hinterlassen.

| Personal

Die FW-ML/MfM hat sich in den vergangenen Jahren regelmäßig mit der Personalsituation beschäftigt. Abgesehen von einer kurzen „Erholungsphase“ während der Amtszeit von OB Widder stellt man einen unaufhaltsamen Anstieg dieser Position fest, die 25 Prozent unseres Gesamthaushalts ausmacht. Von 2012 bis 2020 ist der Aufwand von 250 Millionen Euro auf 350 Millionen Euro gestiegen, geschuldet selbstverständlich den Tariferhöhungen, aber im wesentlichen Teil verursacht durch Neueinstellungen von Personal. Im vorliegenden Haushalt steigen die Personalausgaben von 2019 auf 2020 um 5 Prozent, von 2020 auf 2021 um 2,1 Prozent. Erstaunlicher sind die Prognosen, dass nach Angaben des Kämmerers, weder das altersbedingte Ausscheiden von Mitarbeitern noch die durch Digitalisierung eingesparten Stellen zu einem wirksamen Stellenrückgang führen.

Entwicklung des Personalaufwands (inkl. Versorgung) (in Mio. Euro)
Quelle: Etatrede zum Haushalt 2020/2021 Erster Bürgermeister Christian Specht



Durch den Ersatz des Personalausschusses durch den Hauptausschuss hat der Gemeinderat nur sehr wenig direkten Zugriff auf die Personalentwicklung. Es wird nicht nur von uns, sondern auch von anderen Fraktionen daher gefordert, dass der Gemeinderat sich wieder intensiver mit der Personalentwicklung beschäftigen muss.

| Klimawandel

Der nicht zu leugnende weltweite Klimawandel hat in den Medien und in der Politik den Spaltenplatz der Bestsellerliste weltbewegender Themen erreicht. Die heißen Sommer der letzten drei Jahre haben auch uns in Europa spüren lassen, welche Folgen der Wandel des Weltklimas zur Folge haben wird.

Bereits in den fünfziger Jahren hat ein Mädchen aus Schweden für Furore gesorgt. Pippilotta Viktualia Rollgardina Schokominza Efraimstochter Langstrumpf, gut bekannt als Pippi Langstrumpf eroberte nicht nur die Kinderzimmer. Die Bücher von Astrid Lindgren wurden in siebzig Sprachen übersetzt, geschätzt 66 Millionen Bücher weltweit verkauft. Die Heldin lebte allein, ohne Eltern, konnte tun und lassen was sie wollte und ihre Unabhängigkeit war durch einen Koffer voller Goldstücke gesichert. Sechzig Jahre später hat erneut eine junge Schwedin die Welt in Aufruhr versetzt oder glücklicherweise aus dem Tiefschlaf erweckt. Darüber darf man geteilter Meinung sein. Dass just in ihrer schwedischen Heimat annähernd 40 Prozent der Energie aus Atomstrom gewonnen werden – in Deutschland liegen wir ca. bei 12 Prozent – mag vielleicht den einen oder anderen verwundern.

Auch haben wir in den letzten Monaten zur Kenntnis zu nehmen, dass neue Wortschöpfungen zwischenzeitlich wie selbstverständlich in Talkshows und Medien aus berufenem Munde zu vernehmen sind.

Klimaoffensive, Klimanotstand und Klimanotfall werden heute ganz selbstverständlich vielerorts postulierte. Wurde noch vor drei Jahren im Stadtgebiet Mannheim die Fällung von tausenden gewachsenen Bäumen als Selbstverständlichkeit hingenommen, wird heute die Forderung nach Neupflanzung von 15.000 Bäumen erhoben. Die Frage der möglichen Standorte lassen wir mal dahingestellt. Selbst eine drohende Baumfällaktion entlang des Rheins wurde vor einigen Monaten noch als alternativlos bezeichnet. Wer sich heute die moderne Baukunst auf dem Gelände der ehemaligen Offizierssiedlung betrachtet wird gewahr, wie leichtfertig in schlichter Gewinnerzielungsabsicht die Natur einen nicht mehr gut zu machendem Schaden erleiden musste.

Ob auch in Mannheim nachhaltiges Umdenken erfolgt, wird sich am Ende der Debatte um die neue Bebauung des Friedrichsparks messen lassen müssen. Am Beispiel der Bagger in der Feudenheimer Au lässt sich allerdings feststellen, dass der Umdenkungsprozess noch nicht mit der notwendigen Ernsthaftigkeit greift.

Durch den Kohleausstieg ist das Ende des GKM spätestens 2038, jedenfalls was Kohleverfeuerung angeht, beschlossen. Bis dahin sind im Bereich Ersatztechnologien entsprechende Maßnahmen zu ergreifen und zu erstellen. Klimaschutz ist eine weltweite Angelegenheit und darf nicht isoliert betrachtet werden. Es ist falsch, die schnelle Schließung eines „sauberen“ Kohlekraftwerkes zu fordern und weiterhin Strom auch aus „Dreckschleudern“ einzukaufen. Da wir die Fernwärmeversorgung in Mannheim und der Region sicherstellen müssen, kann eine schnelle Abschaltung des GKM nicht in Betracht gezogen werden.

| Verkehrswende

Kein Widerspruch besteht zu den Forderungen aus Berlin und anderen Parlamenten nach einer Verkehrswende und der Steigerung des Öffentlichen Personennahverkehrs um 100 Prozent. Es ist sehr enttäuschend, dass der geplante

Umbau des wichtigsten Verkehrsknotenpunktes am Mannheimer Hauptbahnhof lediglich eine Steigerung der Fahrgäste um 12 Prozent möglich machen wird.

Das ist zu wenig, das ist viel zu wenig, wenn wir in Mannheim die notwendige Mobilität der Bürgerinnen und Bürger sowie der vielen täglich ankommenden Menschen aus der Region zukünftig sichern wollen.

Die zentrale Lage von Mannheim, der Verkehrsknotenpunkt für die Bahn, der ÖPNV, der Pkw- und Schwerlastverkehr stellt uns vor außergewöhnliche Herausforderungen. Der Ausbau des ICE-Knotens Mannheim mit den Gefahren für die Gesundheit der bereits lärmelasteten Bevölkerung macht nach heutigem Kenntnisstand die Tunnellösung für die Züge geradezu unabdingbar. Dabei gilt es, auch ein besonderes Augenmerk auf den Käfertaler Wald zu legen. Eine zu kurz gedachte „hessische Lösung“, die neue Bahnstrecke quer durch den Käfertaler Wald zu schlagen, bedroht erneut abertausende Bäume (Sauerstoffspender).

| **Verbindung schaffen in der Region und zu den Flüssen**

Die Forderung nach mehr Lebensqualität und möglichst viel unmittelbarem Zugang zu den Flüssen ist in Ludwigshafen wie auch in Mannheim ein Ziel städtebaulicher Entwicklungen. Die rückwärtsgewandte Diskussion, eine dritte Rheinquerung sei erforderlich, weil zwei Hochstraßen in Ludwigshafen für den Verkehr so gut wie unpassierbar sind, bringt uns nicht weiter. Selbst die Forderung nach einer weiteren Fuß- und Fahrradbrücke über den Rhein ist unsinnig angesichts der bereits vorhandenen und zu wenig genutzten Möglichkeiten über die vorhandenen Brücken.

Nicht die Brücken sind das Problem, sondern die Zufahrtsstraßen auf der Pfälzer Seite. Wer heute eine weitere Rheinbrücke fordert, macht die ehrgeizigen Pläne, die Lebensräume an den Flüssen zurückzugewinnen, zunichte. Mit Blick auf den Mannheimer Hauptbahnhof und seine absolute Barrierestellung bei dem notwendigen Ausbau für den ÖPNV muss eine intelligente Tunnellösung angedacht werden. Mit dem Denken einer Tunnellösung unter dem Hauptbahnhof sind auch die Verkehre nach Ludwigshafen mit einzubeziehen.

Wir bringen daher den Antrag in den Haushalt ein, erste Mittel für die Beauftragung eines Gutachtens bereitzustellen. Heute darüber zu befinden, ob eine Tunnellösung für den ÖPNV und eventuell auch für den Individualverkehr unter dem Rhein und auch unter dem Hauptbahnhof möglich sein könnten, wäre verfrüht. Angesichts der Barrierestellung des HBF ist aber eine solche gutachterliche Stellungnahme unverzichtbar.

Um auch kurzfristig eine Entlastung für das städtische Klima herbeizuführen, ist der Ausbau von Park and Ride Angeboten an den Stadtgrenzen sowie der schnellstmögliche Umstieg auf alternative Antriebe bei den Bussen der RNV mit Nachdruck anzugehen. Die Attraktivität des ÖPNV ist nicht nur preisabhängig. Bundes- und Europaweite Erfahrungen zeigen, dass die Taktfrequenz letztlich über die Qualität und damit auch über die Inanspruchnahme des ÖPNV entscheidet. Daraus folgt, dass in Zukunft große Investitionen in den Ausbau unseres ÖPNV fließen müssen.

Wir begrüßen die neu geplanten Tramlinien Franklin und Glückstein. Die Einfädelung auf den Neckarauer Übergang sehen wir als äußerst schwierig an.

Im Hinblick auf die Mehranforderungen an den Hauptbahnhof wäre es besser gewesen, eine große Planung zu wagen, die auch den notwendigen Ringschluss für die Tram am Parkring und eine Neuordnung am Kaiserring beinhaltet hätte. Der Erfolg der Buslinie 45 zeigt den großen Bedarf, „am Rande der Stadt“ die

Stadtteile direkt miteinander zu verbinden. Im Bereich Bus fordern wir möglichst bald einen kompletten Umstieg auf alternative Antriebe.

| Bürgerbeteiligung

Bei der Bewältigung der Herausforderungen zum Umweltschutz, der Klima- und der Verkehrswende müssen wir die Bürgerschaft mitnehmen und sind auch auf ihr ehrenamtliches Engagement angewiesen. Das Umweltforum Mannheimer Agenda 21 e.V. und seine in ihm zusammenwirkenden 16 Organisationen spielen hierbei eine unverzichtbare Rolle.

Um die Arbeit der sechszehn Umwelt-, Naturschutz- und Verkehrsverbände zu koordinieren und die Ehrenamtlichen zu unterstützen, ist die Erhöhung des bisherigen Zuschusses notwendig.

Der bürgerschaftliche Einsatz rund um das Thema Rheindammsanierung muss seitens der Stadt finanziell unterstützt werden. Hier sehen wir die Dringlichkeit, dass aus dem städtischen Haushalt die durch die Bürgerschaft aufgebrachten Kosten für fachliche Expertise finanziert werden und nicht die auf den Kosten sitzen bleiben, die sich für die Allgemeinheit engagieren. Der Rhein, seine Dammanlagen und angrenzenden Erholungsflächen gehen uns alle an.

| Informationstechnologie

Im Bereich Abwicklung öffentlicher Belange durch die Möglichkeiten der Digitalisierung hinkt Deutschland im Vergleich zu den meisten vergleichbaren Ländern gewaltig hinterher. Hier sind große Anstrengungen nötig um den Anschluss zu finden. Zwar ist mit einigen wenigen Möglichkeiten (z. B. digitale Beantragung von Bewohnerparkausweisen) ein Anfang gemacht, dies kann jedoch wirklich nur ein Anfang sein. In Zukunft müssen sämtliche

Standardanforderungen am Schnittpunkt Bürgerverwaltung auch digital erledigen werden können.

Für die Bezirksbeiräte erachten wir die Anschaffung von mobilen Endgeräten als notwendig, damit diese Ihrer Arbeit ungehindert nachgehen können.

Wir fordern daher die Verwaltung auf darzustellen, welcher Mehraufwand für den Haushalt aus der Bereitstellung der mobilen Endgeräte für die Mitglieder des Gemeinderats und des Bezirksbeirats entsteht.

| Wirtschaft in Mannheim

Die Mannheimer Wirtschaft, die Unternehmen und Mitarbeiter sind der Quell des Wohlstandes unserer Stadt. Hinter uns liegen erfolgreiche 9 Jahre, die Zahl der Beschäftigten ist auf Rekordstand, die Gewerbesteuer sprudelt geradezu.

Es zeichnet sich jedoch ab, dass dies nicht so bleiben wird, die wirtschaftlichen Aussichten trüben sich etwas ein. Um so mehr muss Mannheim sich seiner Stärken besinnen und Schwächen beheben.

Wirtschaft braucht Raum - Wohn- und Gewerbegebäuden müssen ausgewogen entwickelt werden. Mögliche Nutzungskonflikte zwischen Gewerbe- und Wohnflächen dürfen nicht einseitig zu Lasten der Wirtschaft gelöst werden. Eine Nachverdichtung von Gewerbegebieten mit Wohnnutzung (urbanes Gebiet) oder ein zu dichtes Heranrücken von Wohnnutzung an Industriegebiete (siehe Luzenberg oder Industriestraße) führt unweigerlich zu Konflikten. Daher bedarf es klarer Konzepte, die auch künftig ausreichend Flächen für Handwerk, Industrie und Handel gewährleisten.

Wirtschaft braucht Innovation - Gründungs- und Innovationsförderung muss die Standortfaktoren und Stärken der Wirtschaft unserer Stadt berücksichtigen. Die Fokussierung auf diese Themen sollte Vorrang vor der Jagd nach neuen Themen

und Inhalten haben. Aus diesem Grund begrüßen wir die Initiative der regionalen Wirtschaft, ein Wasserstoff-Cluster zu bilden, das die Wasserstoff-Technologie für im Alltag erlebbar und Forschung und Entwicklung stärken soll. Hierdurch bieten sich insbesondere auch für Mannheimer Unternehmen (z.B. MVV, John Deere, Caterpillar etc.) wichtige Zukunftschancen.

Wirtschaft braucht Planbarkeit - Dies nicht nur in Sachen von Vorschriften und Gesetzen, sondern auch in Sachen Gewerbesteuer. Wir warnen ausdrücklich davor, bei einer sich abzeichnenden schlechteren Haushaltsslage an der Gewerbesteuerschraube drehen zu wollen. Mit dem aktuellen Hebesatz von 430 liegt Mannheim bereits jetzt an der Spitze in der Region.

Stadt braucht Wirtschaft. Hier meinen wir nicht nur die Unternehmen und die Mitarbeiter, sondern vor allem den wirtschaftlichen Sachverstand und das wirtschaftliche Denken, das in manchen Entscheidungen der jüngeren Vergangenheit in unserer Stadt zu kurz gekommen ist.

| **Mannheim - Stadt der Vororte und Stadtteile**

In Ihrer Rede, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, lassen Sie abermals fast alle Stadtteile und Vororte unerwähnt. Das ist seit vielen Jahren Politik in dieser Stadt. Die Innenstadt, die Innenstadt und nochmal die Innenstadt. Mannheim ist aber gerade eine Stadt der Stadtteile und Vororte. Die Lange Nacht der Kunst und Genüsse hat es gezeigt: Über 40.000 Besucher flanierten in nahezu allen Vororten in über 200 Geschäften. Was uns zu denken geben muss ist, dass mit Schönau erstmals ein Stadtteil, um den wir uns eigentlich viel kümmern, weggebrochen ist. Eine Kerwe oder ein Straßenfest im Vorort zu organisieren ist für die Gewerbevereine vor Ort ein Kraftakt.

Finanziell lassen wir sie allerdings – entgegen vieler Sonntagsreden - wieder im Regen stehen. Fazit: etwas weniger in die Innenstadt dafür mehr Geld in die Vororte und Stadtteile.

| Sicherheit und Sauberkeit

Mannheim ist leider keine saubere Stadt mehr. Sehr viele Städte Europas und Deutschlands sind in den letzten Jahren sauberer geworden, was man von Mannheim nicht behaupten kann. Die Plakatkampagnen mit der Bürgermeisterin und medialen Auftritte des Sicherheits-Dezernenten haben keine Wirkung gezeigt. Das Androhen höherer Bußgelder bringt nichts, wenn man es nicht kontrolliert.

Wir fordern mindestens zehn sogenannter Waste-Watcher (Müllpolizisten) nach dem erfolgreichen Vorbild Wiens oder Hamburgs. Besagte Städte gehören zwischenzeitlich zu den saubersten Städten Europas.

Außerdem versprechen wir uns vom neuen Eigenbetrieb Stadtraumservice eine bessere Abstimmung und damit auch mehr Kräfte auf der Straße. Es kann zum Beispiel in Zukunft nicht mehr sein, dass unsere Stadteingänge und damit die Visitenkarten unserer Stadt in der niedrigsten Pflegestufe eingeordnet sind.

Die Videoüberwachung an Straßen und Plätzen zeigt erste Erfolge. Wir dürfen alle hoffen, dass der Einsatz der Technik die Polizei bei der Bekämpfung von Kriminalität nachhaltig unterstützt. Weiterhin fordern wir auch von der grünschwarzen Landesregierung die personelle Verstärkung für das Mannheimer Polizeipräsidium und die Reviere.

| Sport und Freizeit

Endlich haben wir das Kombibad Herzogenried in Angriff genommen, wenn auch nicht so, wie es für den erfolgreichen Schwimmsport in unserer Stadt notwendig gewesen wäre. Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass im neuen Kombibad acht Bahnen für den Schwimmsport geschaffen werden könnten und sollten. Momentan diskutieren wir gerade die Problematik der Hallenbäder im Mannheimer Norden. Die Schließung des Hallenbad Vogelstang lehnen wir kategorisch ab. Der Neubau eines Sporthallenbades auf dem Gelände des Carl-Benz-Bades ist nach unserer Auffassung prüfenswert. Für den Fall, dass aus ökologischen und baurechtlichen Erwägungen nicht sinnvoll und möglich sein wird, ein Hallenbad auf den Wiesen des Carl-Benz-Bades zu errichten, muss die Sanierung/der Neubau am Standort Hallenbad Waldhof-Ost erfolgen.

Wir fordern die Verwaltung auf, den Sport- und Kulturverein Sandhofen e.V. bei seinen Neubauvorhaben in der notwendigen Art und Weise zu unterstützen. Sonntagsreden helfen uns hier leider auch nicht weiter.

Das Gleiche gilt für Wallstadt und Seckenheim. Seit Jahren warten die Wallstadter Vereine – und die Freiwillige Feuerwehr - auf eine Lösung. In Seckenheim sind wir zumindest mit dem von uns vorgeschlagenen Standort auf den Flächen der ehemaligen STEM-Kaserne einen Schritt weiter, aber auch hier müssen wir zügiger voranschreiten.

| Konversion

Mit dem Abzug der US-Amerikanischen Streitkräfte aus Mannheim wurden Konversionsflächen im Umfang von ca. 500 Hektar freigegeben. Das politische Ziel wurde postuliert, in möglichst kurzer Zeit alles für Gewerbe und hauptsächlich Wohnen zu erschließen.

Dabei wurde von Herrn Oberbürgermeister Dr. Kurz 2014 das Versprechen gegeben, dass uns die Aufbereitung der Konversionsflächen nichts kosten wird. Dieses Versprechen wurde nicht eingehalten.

Bei der Erschließung der Konversionsflächen in Käfertal und Vogelstang wurden die unvermeidlichen Schwerlastverkehre der neuen Gewerbegebiete zu wenig berücksichtigt. Heute fahren LKWs der neuen Betriebe durch die Wohngebiete. Dass mit der „teuren Lösung“, der Übernahme der maroden B 38 eine Verbesserung möglich ist, bezweifeln wir.

Die Stellplatzquote von 0,8 pro Wohnungseinheit sind dem politischen Zeitgeist geschuldet, das heißt für Franklin faktisch zu wenig Parkplätze. Das alles bedeutet für Spinelli und Käfertal-Süd zu wenig Parkplätze und keine Anbindung an die Stadtbahn. Auch ein in Auftrag gegebenes städtisches Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass zwei Stellplätze, öffentlich oder privat, mehr als sinnvoll sind.

Wir hätten uns gewünscht, dass die Offizierssiedlung mit ihrem Baumbestand erhalten worden wäre. Als eine Erinnerung an den Stil und die Lebensweise der Mitglieder der US-Streitkräfte in Deutschland.

Wir stehen der Konzeptvergabe für die Grundstücke auf Spinelli sehr kritisch gegenüber. Der Gemeinderat hat keine Mitgestaltungsmöglichkeit mehr.

| **Wohnen in Mannheim**

Der Mannheimer Wohnungsmarkt ist angespannt. Es fehlt Wohnraum für Familien mit Kindern, für Menschen mit geringem Einkommen, für Senioren und Mobilitätseingeschränkte, für jungen Menschen in Ausbildung und Studium – und das für jeden Geldbeutel. Angesichts der seit Jahren steigenden Baupreise gelingt auch nicht den Baugenossenschaften in Mannheim, Wohnraum für Mietpreis von 7,50 Euro je Quadratmeter in ausreichendem Maße zu errichten und zur

Verfügung zu stellen. Die Mannheimer GBG leidet unter den enormen Kosten im Bausektor. Dort, wo sie über eigene Grundstücke verfügt und Wohnbaufördermittel einsetzen kann, können Wohnungen im unteren Preissektor geschaffen werden.

Die in Mannheim eingeführte Sozialquote von 30 Prozent bei Neubauten hat zur Folge, dass 70 Prozent der neu geschaffenen Wohnungen zu erhöhten Mietpreisen auf den Markt gebracht werden. Diese auf dem Verordnungswege herbeigeführte Verzerrung im Wohnungsmarkt wird auch in Zukunft große Nachteile für die Wohnungssuchenden im mittleren Preissegment haben. Wo staatliche Wohnbauförderung versagt, muss die gesellschaftliche Mittelschicht durch höhere Miete die erzwungene „Mietpreisbremse“ von 7,50 Euro subventionieren.

Der Grundstücks- und Wohnungsmarkt für Besserverdienende ist in dieser Stadt nahezu leergefegt. Spaltenmanager der Fa. Roche finden in Mannheim keine geeignete Wohnmöglichkeit. Einer weltoffenen Metropole in Europas Mitte steht diese Situation nicht gut zu Gesicht. Daneben gibt es auch in Mannheim die Situation des Wohnungsleerstandes, wenn Hausbesitzer sich scheuen, ihren preiswerten Wohnraum an Wohnungssuchende, die auf Transferleistungen angewiesen sind, zu vermieten.

Ein Vorbild kann das Projekt der Stadt Karlsruhe sein. Unter dem Stichwort „Wohnraumakquise durch Kooperation“ ist es gelungen, seit 2005 für 1.500 Wohnungssuchende preiswerten Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Bedauerlicherweise hat der Mannheimer Gemeinderat unsere Anregung, in Karlsruhe zu diesem Projekt Erfahrungswerte einzuholen, mit breiter Mehrheit abgelehnt. Der vielbesagte Blick über den Tellerrand – in diesem Falle den Stadtrand – sollte uns nicht vor neuen Ideen abschrecken.

| Kultur

Die Kultur spielt traditionell in Mannheim eine wichtige Rolle, nach Aussagen des OB ist sie ein Treiber der Stadtentwicklung. Beeindruckend ist die Vielfalt der Kulturangebote. Bei den großen Integrationsaufgaben ist es wichtig, die Vermittlung schon in den jüngeren Jahrgängen zu beginnen, da nur auf diese Weise ein Bruch mit den tradierten Werten vermieden werden kann. Mannheim ist eine Stadt mit einem erfreulich hohen Budget für Kultur, was allerdings in der jetzigen Vorlage einen geringen Rückgang aufweist, dies bedauern wir. Das größte Projekt ist die Sanierung des Nationaltheaters, die auch aufgrund der denkmalpflegerischen Situation unumgänglich ist. Durch die Unterstützung des Bundes und des Landes wird der städtische Haushalt entlastet, die Pläne der Firma Schmucker erscheinen realistisch, unvorhergesehene Veränderungen sind, wie bei allen Baumaßnahmen in diesen Tagen, nicht vollständig auszuschließen.

Die Reiss-Engelhorn-Museen leiden unter der teilweise dramatisch schlechten Gebäudesituation, die dringend in Angriff genommen werden muss. Bei der Kunsthalle ist es zu den erwarteten Mehrkosten durch den größeren Aufwand im Neubau gekommen, diese Kosten sind weitgehend durch einen höheren Betriebskostenzuschuss abgebildet, es bleibt allerdings ein Defizit im laufenden Haushalt. Die Freie Szene stellt einen unentbehrlichen Teil der Kultur unserer Stadt dar. Wir haben sie in den letzten Jahren zunehmend unterstützt. Im jetzigen Haushalt sind die Förderungen des letzten Haushalts einfach fortgeschrieben worden. Dringend notwendige Erhöhungen, auf die sich die Kultursprecher der Fraktionen geeinigt hatten, wurden nicht berücksichtigt.

Wir werden daher in den Haushaltsberatungen Anträge zu Erhöhungen von einzelnen Kulturinstitutionen stellen.

| **Stadtbibliothek**

Zu den weiteren unsicheren Posten des Haushalts zählen die im Etatentwurf mit 30 Millionen Euro angesetzten Kosten für den Neubau der Bibliothek, von denen heute schon sicher ist, dass dieser Kostenrahmen nicht eingehalten werden wird.

| **Bürgerhäuser – gesellschaftliches Leben in den Stadtteilen**

Das gesellschaftliche Leben in Mannheim wäre ohne die Zurverfügungstellung geeigneter Räume überhaupt nicht denkbar. Zehn von zwölf Mannheimer Bürgerhäuser sind in städtischem Besitz. Mit Ausnahme des Kulturzentrums Käfertal und des Bürgerhauses Neckarstadt werden die Bürgerhäuser ehrenamtlich verwaltet. Nach Feststellung der Verwaltung ist der Instandhaltungsbedarf bei allen technischen Gewerken sehr hoch, z.B. sind die Lüftungsanlagen veraltet und verfügen nicht über erforderliche Befeuchtung- bzw. Kühlmöglichkeiten der Luftversorgung.

Dank des ehrenamtlichen Einsatzes der Trägervereine werden derzeit rund 50 Prozent der 160.000 Euro Betriebskosten erwirtschaftet. Über den Instandhaltungs- und Sanierungsbedarf der Bürgerhäuser macht die Verwaltung leider keine konkreten Angaben.

Aus den Trägervereinen liegen uns Schätzungen je Bürgerhaus über mehrere hunderttausend Euro vor. Nachdem die Höhe der Aufwendungen in den zurückliegenden Jahren knapp 0,5 Millionen Euro erreicht hatten, werden wir die Aufstockung um/auf 1 Millionen Euro jährlich beantragen.

| **Kultur- und Sporthalle für Wallstadt**

| **Gerätehaus Freiwillige Feuerwehr Wallstadt**

Die Mehrheit im Gemeinderat war bei den letzten Haushaltsberatungen den Versprechungen der Verwaltung gefolgt und hat unseren Antrag aus dem Jahr 2017 auf Einstellung von Planungsmittel für Wallstadt abgelehnt.

Heute – zwei Jahre sind bereits vergangen – müssen wir feststellen, dass die Zusage der Verwaltung, sich intensiv mit der notwendigen Bereitstellung der Räumlichkeiten für die Wallstadter Vereine und dem erforderlichen Neubau des Feuerwehrgerätehauses zu beschäftigen, ohne verwertbares Ergebnis geblieben ist.

Wir werden daher erneut für beide Projekte die Bereitstellung von Planungs- und Investitionsmitteln beantragen.

| **Kinderbetreuung**

Mit Blick auf den gesellschaftlichen Wandel und der zu erwarten Bevölkerungsentwicklung ist ein steigender Bedarf an Kinderbetreuungsangeboten sowohl bei den Nachfragen nach Plätzen in Krippe, Kita, Hort und Schulkindbetreuung unübersehbar.

Beim weiteren Ausbau des Betreuungsangebotes ist die Stadt Mannheim auf die Mitwirkung der Freien Träger angewiesen. Es ist höchste Zeit, eine bessere Förderung der Betriebs- und Investitionskosten für die Freien Träger umzusetzen. Die Förderung der Ausbildungskosten für Erzieherinnen und Erzieher bei den Freien Trägern, praxisintegrierte Ausbildung (PIA), ist ein notwendiger Schritt, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

| Schulen – Horte – Schulsozialarbeit:

Die steigende Zahl der Schülerinnen und Schüler an den Mannheimer Schulen erfordert weitere finanzielle Anstrengungen im Bereich der Sanierung und des Schulhausersatzneubaus. Leider ist es der Verwaltung noch immer nicht gelungen, für die Geschwister-Scholl-Schulen eine tragfähige Lösung für einen Neubau mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe abzusprechen. An der Waldschule in der Gartenstadt machen der marode Zustand der Gebäude und die wachsende Schülerzahl umgehendes Handeln erforderlich.

Wir werden die Einstellung von Planungsmitteln für den Doppelhaushalt beantragen, um eine Gesamtkonzeption für die Ersatzneubauten zu entwickeln. Denn spätestens 2021 muss mit dem Bau von mindestens vier weiteren Klassenräumen an der Waldschule begonnen werden.

Erneut werden wir die Verwaltung auffordern, am Standort der Konrad-Duden-Schule die Möglichkeiten der Hochschulreife zu prüfen. Noch immer müssen die Schülerinnen und Schüler des Mannheimer Südens täglich weite Wege zum nächst gelegenen Gymnasium zurücklegen.

Im Bereich der Horte und der Schulkindbetreuungen gibt es große Bedarfe in mehreren Stadtteilen. Die stetig steigende Zahl der Grundschülerinnen und Grundschüler, die nach Ende des Unterrichts einer Betreuung bedürfen, wird nur in der guten Zusammenarbeit mit den Freien Trägern durch neue Einrichtungen der Schulkindbetreuung befriedigt werden können. Unwidersprochen besteht längst der Bedarf der Schulsozialarbeit an fast allen Mannheimer Schulen. Im landesweiten Vergleich rangiert Mannheim an allerletzter Stelle mit 0,79 VK Schulsozialarbeit an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen. Der Landesdurchschnitt der Stadtkreise liegt bei 1,38 VK-Stellen. Es ist notwendig, die Zahl der jährlich neu einzurichtenden Fachstellen für Schulsozialarbeit von derzeit 1,5 p.a. auf jährlich 4,5 VK zu erhöhen.

| Jugend und Senioren

Erschreckend auch die Bilanz bei den 19 städtischen Seniorentreffs. Lange hat die Verwaltung gezögert, unseren Antrag zu bearbeiten und das Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Die Stadtgesellschaft ist es der Generation des Wiederaufbaus schuldig, seniorenfreundliche, barrierefreie Räumlichkeiten für die Freizeitgestaltung zur Verfügung zu stellen.

Bei den Haushaltsberatungen wird für uns das Generationsübergreifende Thema „Alt und Jung“ eine zentrale Rolle spielen. Wir werden erneut für eine Mehrheit im Gemeinderat werben, um für die 19 städtischen Seniorentreffs einen Standard nach dem Vorbild der Heidelberger „Seniorenzentren“ zu erzielen. Vergleichbar dem Standard für Mannheimer Jugendzentren werden in Heidelberg seit mehr als 20 Jahren die offenen Seniorentreffs durch hauptamtliche MitarbeiterInnen kontinuierlich geleitet. Dadurch stehen den Besucherinnen und Besuchern fachkundige Ansprechpartner für all ihre Sorgen und Nöte zur Verfügung. Bei Bedarf können die erfahrenen Fachkräfte weitere Hilfen vermitteln. Dass kaum ein Mannheimer Seniorentreff seniorenfreundlich, geschweige denn barrierefrei ist, muss umgehend in Angriff genommen werden.

Die in Mannheim unter dem Dach des Stadtjugendrings und der Sportjugend geleistete Jugendarbeit ist beispielhaft. Mit zu wenig Personal und zu geringer finanzieller Ausstattung ist das ehrenamtliche System der offenen Jugendarbeit an seine Grenzen gekommen. Zu lange schon hat der Mannheimer Gemeinderat es versäumt, die Jugendarbeit mit den notwendigen finanziellen Mitteln auszustatten. Für den Stadtteil Neuhermsheim möchten wir Mittel bereitstellen, um den seit Jahren unbrauchbaren Gebäuderest des ehemaligen Jugendtreff abzureißen und einen Neubau möglich zu machen. Mit Blick auf die Konversionsflächen fordern wir seit Mai 2018 die Verwaltung auf, mit den Planungen für einen Jugendtreff auf Franklin zu beginnen.

Wir begrüßen es außerordentlich, dass die Verwaltung nach knapp zwei Jahren den Anträgen aus der Mitte des Gemeinderats entsprochen hat und eine zukunftsorientierte Finanzierung für die Mannheimer Jugendtreffs erarbeitet hat. Vor dem Hintergrund der Subsidiarität in der Jugendarbeit durch die Freien Träger ist die eingebaute Eigenbeteiligung nicht sachgerecht.

Die Etatberatungen werden uns in vielen Bereichen vor große Fragen stellen. Es ist klar, dass trotz der guten Finanzsituation die zur Verfügung stehenden Mittel begrenzt sind.

Wir werden aber um jede der von uns beantragten Positionen ringen.

Wir bedanken uns bei allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich zum Wohle unsere Stadt und Gesellschaft einsetzen. Bei den zahlreichen Ehrenamtlichen, die in den vielen Mannheimer Vereinen und Bürgerinitiativen tätig sind. Bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Mannheim und der Eigenbetriebe für ihren tagtäglichen Einsatz im Sinne unserer Stadt.

| Fraktion Freie Wähler – ML / MfM



Die Fraktion Freie Wähler – ML / MfM und ihrer Mitarbeiterin der Geschäftsstelle.

v.l.n.r. Christopher Probst, Wolfgang Taubert, Prof. Dr. Achim Weizel,
Christiane Busenbender, Holger Schmid, Roland Weiß

Fraktion Freie Wähler – ML / MfM

Rathaus E 5, 68159 Mannheim

Tel.: 0621 293-9402

Fax: 0621 293-9876

E-Mail: ml@mannheim.de

www.mannheimerliste.de